

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. Mai – 16. Mai 2025

In einem mehr als dreistündigen Fernsehinterview hat sich Emmanuel Macron am 13. Mai an die französische Bevölkerung gerichtet und dabei verschiedene Themen angesprochen. In Bezug auf das Staatsdefizit von knapp 6 % machte Macron deutlich, dass die hohen Investitionen während der Covid-Krise ermöglicht hätten, die französische Wirtschaft zu schützen und so eine hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zum Krieg in der Ukraine kündigte er neue Sanktionen gegen Russland an, falls kein 30-tägiger Waffenstillstand erreicht werde. Er schloss eine Verhandlung mit Putin nicht aus und brachte die Idee einer internationalen Schutztruppe ins Spiel. Gleichzeitig betonte er, dass niemand einen dritten Weltkrieg wolle. In Bezug auf Europas Sicherheit zeigte sich Macron offen für Gespräche über eine europäische Verteidigung mit französischen Atomwaffen, ähnlich dem US-Modell. Er stellte aber klar, dass Frankreich nicht für die Sicherheit anderer zahlen werde. Innenpolitisch kündigte er an, mehrere Volksabstimmungen über wirtschaftliche, soziale und bildungspolitische Reformen in den kommenden Monaten abhalten zu wollen. Eine Abstimmung über das Thema Einwanderung oder die umstrittene Rentenreform lehnte er jedoch ab. Die Rentenreform wurde 2023 ohne Parlamentsabstimmung eingeführt und bleibt unpopulär. Beim Thema Sterbehilfe möchte Macron zunächst ein Gesetz durch das Parlament bringen, hält aber ein Referendum für möglich, falls es dort nicht vorangeht. Er zeigte sich offen für eine Ausweitung der Befugnisse der *Police municipale* (Stadtpolizei) und befürwortete, dass Gefangene sich an den Kosten ihrer Haft beteiligen sollen. Außerdem hält er es für möglich, bei Bedarf Haftplätze im Ausland anzumieten. Die zugesagten 15.000 neuen Gefängnisplätze seien noch nicht gebaut, aber 5.000 seien im Bau.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich am 13. Mai gegen eine Verstaatlichung von ArcelorMittal ausgesprochen. Diese Maßnahme war von linken Parteien und Gewerkschaften gefordert worden, nachdem der Stahlriese am 23. April einen Plan zur Streichung von 636 der 15.000 Stellen in Frankreich vorgestellt hatte. Macron betonte, dass die Antwort auf die Krise der Stahlindustrie europäisch sein müsse. Zugleich versicherte er, sich für den Erhalt der Stellen, insbesondere im Stahlwerk Dünkirchen, einsetzen zu wollen. Dabei spielt auch der Investitionsplan „Frankreich 2030“ eine Rolle, mit dem der französische Staat 5,6 Milliarden Euro für die Dekarbonisierung seiner Industrie bereitstellt. ArcelorMittal soll 1,7 Milliarden Euro investieren, um seine Stahlproduktion in Frankreich zu dekarbonisieren. 850 Millionen Euro davon werden vom Staat finanziert. Der Stahlriese kündigte am 15. Mai an, 1,2 Milliarden Euro in den Bau eines Elektroofens in seinem Werk in Dünkirchen zu investieren, um dieses Stahlwerk zu dekarbonisieren. Diese Ankündigung ändert allerdings nichts an der geplanten Streichung von 636 Stellen, davon 295 in Dünkirchen.

Der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der im Dezember 2024 in der Abhöraffaire zu einem Jahr Gefängnis mit Fußfessel verurteilt wurde, darf diese nun ablegen und wurde zur „bedingten Entlassung“ zugelassen. Sarkozy hatte diese Regelung am 16. April beantragt, die ihm durch eine Entscheidung des Strafvollzugsrichters vom 12. Mai gewährt wurde, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Der Antrag auf eine „bedingte Entlassung“ vor Ablauf der Hälfte seiner Strafe war möglich, da Sarkozy mittlerweile 70 Jahre alt ist (sein Geburtstag ist der 28. Januar). Seit dem 7. Februar durfte der ehemalige Staatsschef sein Haus nur zwischen 8 Uhr und 20 Uhr – montags, mittwochs und donnerstags bis 21:30 Uhr – verlassen. Diese Zeitfenster korrespondierten mit den Verhandlungstagen des Libyen-Prozesses. In diesem weiteren Prozess gegen Sarkozy, dessen Anhörung am 8. April nach dreimonatiger Dauer endete, wird der ehemalige Staatspräsident verdächtigt, seine erfolgreiche Präsidentschaftskampagne 2007 mit Geldern des ehemaligen libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi finanziert zu haben. Die Entscheidung in dem Prozess wurde auf den 25. September vertagt.

Premierminister François Bayrou hat sich am 14. Mai, in einer mehr als fünfstündigen Anhörung vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zu seinem Wissen und seiner möglichen Rolle im Fall der körperlichen und sexuellen Gewalt im Collège-Lycée Notre-Dame de Bétharram geäußert. Bayrou bestätigte unter Eid, er habe als Bildungsminister (1993-1997) „keine anderen Informationen“ über die angeblichen Gewalttätigkeiten in der Schulgruppe von Bétharram erhalten als „aus der Presse“. Bayrou kündigte seine Absicht an, eine unabhängige Behörde zu dem Thema schaffen zu wollen, die auch die Einbindung von Opferverbänden umschließen würde.

Außerdem erklärte er sich bereit, den Kampf gegen Gewalt an Schulen zur Priorität der Hochkommissarin für Kinder, Sarah El Haïry, zu machen.

Das französische Innenministerium verstärkt Sicherheitsmaßnahmen für Krypto-Industrie. Nach einem Entführungsversuch an der Familie des Paymium-CEOs Pierre Noizat in Paris plant Frankreich strengere Sicherheitsmaßnahmen für die Krypto-Industrie. Drei maskierte Männer wollten seine Tochter und seinen Enkel entführen, wurden jedoch gestört. Der Vorfall unterstreicht die wachsende Gefahr für Personen in der Branche. Innenminister Bruno Retailleau kündigte Gespräche mit Krypto-Vertretern an, um über Schutzmaßnahmen zu beraten. Der Anstieg sogenannter „5-Dollar-Schraubenschlüssel-Angriffe“, bei denen Gewalt zur Herausgabe digitaler Vermögenswerte eingesetzt wird, zeigt die Dringlichkeit. Viele Vorfälle bleiben laut der Universität Cambridge aus Angst vor Wiederholung ungemeldet. Die französische Regierung will nun gemeinsam mit der Industrie technische Schutzlösungen entwickeln.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die Wahl des neuen Parteivorsitzenden der *Républicains* rückt näher. **Laurent Wauquiez** hat nun angekündigt, dass seine erste Amtshandlung als Vorsitzender der *Républicains* darin bestehen würde, seinem Rivalen, dem aktuellen Innenminister Bruno Retailleau vorzuschlagen, sein „erster Vizepräsident“ zu werden, um eine weitere Spaltung der Partei zu vermeiden. Zuletzt hatte Laurent Wauquiez die Unabhängigkeit des Innenministers infrage gestellt und betont: „Wenn der Vorsitzende unserer Partei gleichzeitig Minister ist, kann die Rechte nicht mehr den Bruch (Anm. d. Red. mit dem Macron-Lager) verkörpern.“ Wauquiez äußerte sich weiter und sagte, dass er, obwohl er überzeugt ist, dass Retailleau „kein Macronist“ ist, befürchtete, dass Retailleau als Teil einer macronistischen Regierung zum politischen Aus des bürgerlich-konservativen Lagers beitragen wird. Retailleau äußerte sich einen Tag später im Fernsehen: „Als Gaullist sage ich mir, dass wir Recht hatten, in die Regierung einzutreten, um das linke Lager zu blockieren“. Der erste Wahlgang findet diesen Samstag und Sonntag statt, der zweite Wahlgang, wenn notwendig, am 24. Und 25. Mai 2025.

DIE ZAHL DER WOCHE

6

3	4	7
0	6	5
5	2	1
7	3	2
9	8	0
2	6	1

Frankreich bleibt laut des Barometers von EY Consulting zum **sechsten Mal in Folge** das attraktivste europäische Land für ausländische Investoren. In einem Umfeld, das durch den Rückgang der Investitionen in die Europäische Union (-23 % laut UNCTAD) gekennzeichnet war, gelang es Frankreich, seine Führungsposition zu halten. Mit 1025 laufenden Projekten (-14 % im Vergleich zum Vorjahr) liegt Frankreich damit weiterhin vor dem Vereinigten Königreich (853 Projekte, -13 %) und Deutschland (608 Projekte, -17 %). Damit erhielt Frankreich im Jahr 2024 19 % der nach Europa gerichteten ausländischen Investitionen. Die dem Barometer beigefügte Wahrnehmungsumfrage zeigt, dass 62 % der befragten Führungskräfte ab 2025 ein Projekt in Frankreich planen und 70 % eine Verbesserung der Attraktivität des Landes in den nächsten drei Jahren erwarten. Diese Ergebnisse spiegeln das Vertrauen in die französische Wirtschaft wider, die als stabil, widerstandsfähig und chancenreich wahrgenommen wird.